

PRODUKTION

260 Das geplante nationale Tierwohlkennzeichen – Eckpunkte, Sachstand, Ausblick

Der Koalitionsvertrag der Regierungsparteien für die laufende Legislaturperiode beinhaltet die Schaffung eines nationalen Tierwohlkennzeichens: „Die Erkennbarkeit von tierischen Lebensmitteln, die über die gesetzlichen Vorgaben der Haltung hinausgehen, wollen wir verlässlich, einfach und verbraucherfreundlich gestalten. Dazu brauchen wir den mehrstufigen Aufbau einer staatlichen Kennzeichnung anhand verbindlicher Kriterien für Fleisch aus besserer Tierhaltung (Tierwohllabel) und schaffen dafür bis zur Mitte der Legislaturperiode die rechtlichen und organisatorischen Voraussetzungen. Der Mehraufwand soll honoriert werden.“

QUERGESCHAUT

- 274** Chartpräsentation: Wie viel Amtstierarzt braucht ein Amt?
- 277** Einladung zur 136. Fortbildungstagung der LAG Bayern
- 278** Bienen, Honig und Wachs in Mythen und Religionen
- 285** Zecken – immer wieder für Überraschungen gut

RUBRIKEN

- 289** Impressum
- 290** Buchtipps
- 291** Veranstaltungen

TECHNOLOGIE

262 **Lebensmittelsicherheit und Allergenmanagement in der Supply Chain – Wie Sie die unkalkulierbaren Risiken beim Transport von Rohstoffen und Fertigwaren in den Griff bekommen**

Lebensmittelsicherheit in der Supply Chain gewinnt für Verbraucher und Industrie zunehmend an internationaler Bedeutung. Aktuelle Rückrufaktionen namhafter Lebensmittelkonzerne zeigen deutlich deren Brisanz. Die Risiken einer Kontamination beim Transport durch Bakterien, Viren, Pilzen, Mykotoxinen, Allergenen oder anderen Schadstoffen, wie z. B. Kunststoffpartikeln, Glas, Holz oder Metall und andere chemische Verunreinigungen, werden oft unterschätzt.

ÜBERWACHUNG

264 **Tintenfischringe – gekauft, gegessen, getäuscht – Verbrauchertäuschung in Gastronomie, Einzel- und Großhandel**

268 **Pathologisch-anatomische Veränderungen von Organen und Tierkörpern geschlachteter Nutztiere – wie beurteilen Sie? | Fallserie 8**

271 **Genehmigung eines langen grenzüberschreitenden Transports von Junghennen in einen anderen Mitgliedsstaat – Ein Fallbericht**